

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926**

177 (3.8.1926)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.  
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-  
bereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt  
10 Pfennig.  
Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6.  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigeberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile  
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-  
annahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familien-  
anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Plakoor-  
schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieger  
keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr 177

Dienstag, den 3. August 1926

97. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Hamburg findet eine „Kolonialwoche“ statt. Zur Einleitung derselben wurde der Anspruch Deutschlands auf Kolonien erhoben.  
Poincaré, der seine Reformgesetze bewilligt erhalten hat, verspricht die Stabilisierung des Franken mit Hilfe Englands und Amerikas und neuer Tabakzölle.  
Das schwere Flugzeugunglück in Heidenheim a. Br., bei dem fünf Personen getötet wurden, wird auf Fallböden zurückgeführt, durch die das Flugzeug zu Boden gedrückt wurde.  
Der Potemkinturm, in Berlin fürs Reich freigegeben, wird auch trotz seiner Beschädigung in Württemberg weiter verboten.

## Rheinlandbefragung und Völkerbund

Locarno war nach dem Urteil der europäischen Staatsmänner, die dort zusammengetroffen waren, ein Anfang, aber ein „verheißungsvoller Anfang“, wie es nach der Konferenz in allen Sprachen den Parlamenten und der gesamten Weltöffentlichkeit mitgeteilt wurde. Ein Anfang, der eine neue Ära des Völkerfriedens und Völkerverständnis einleiten sollte. Vor und nachher ist sehr viel von den Rückwirkungen des Paktes die Rede gewesen, den man dort zum Abschluß gebracht hat. Und gerade diese Rückwirkungen waren ja für Deutschland das Wesentlichste. Die Bilanz freilich, die vor einigen Tagen erst der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, in seiner Antrittsrede vor der Presse gezogen hat, steht nicht besonders günstig aus. Gewiß, die Kölner Zone ist geräumt, das Delegiertenkontingent ist abgebaut und die zahlreichen Rheinland-Ordnungen sind in einem gewissen Umfange gemindert worden. Noch immer aber ist die Vereins- und Versammlungsfreiheit der rheinischen Bevölkerung in der empfindlichsten Weise eingegrenzt, noch immer hat der Code der interalliierten Rheinlandkommission lauschkarliche Bestimmungen, die von den nachgeordneten Behörden beliebig ausgelegt werden können und mit denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete noch in der letzten Zeit auf das Schwerste schikaniert worden ist. Vor allem aber: Noch immer stehen in den beiden südlichen Rheinlandzonen rund 85 000 Mann fremder Truppen, d. h. 10 000 Mann mehr, als vorher dort waren und 35 000 Mann mehr, als die deutsche Friedensgarnisonsstärke betrug. Hier hat also die Räumung der Kölner Zone keine Erleichterung, sondern eine große Erschwerung gebracht, und mit Recht weist die führende Presse jener Gebiete darauf hin, daß sie von den Rückwirkungen so gut wie nichts zu spüren bekommen haben.

Nun steht die Herbsttagung des Völkerbundes, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bringen soll, vor der Tür. Erst mit dem vollzogenen Eintritt soll bekanntlich das Abkommen von Locarno in Kraft treten, in dem Deutschland freiwillig zahlreiche Verpflichtungen übernommen hat, die ihm in Versailles expressly worden waren. Es kann daher nicht wundernehmen, daß die öffentliche Meinung im Reich beunruhigt darüber ist, daß die wichtigsten Rückwirkungen, die man in Deutschland nach Locarno gehofft hat, noch immer ausstehen. Ueberdies ist durch den Kabinetswechsel in Frankreich das gesamtpolitische Bild erheblich schlechter geworden, als es vor einem Jahre war. Denn Poincaré wird erst noch den Beweis zu liefern haben, daß er auch willens ist, den außenpolitischen Kurs, der vor zwei Jahren gegen ihn durchgesetzt wurde, fortzusetzen. Die neuerliche Haltung der britischen Öffentlichkeit ist für diese Verschlechterung der gesamtpolitischen Lage der deutliche Beleg. Denn während in Locarno und auch noch nachher die englische Regierung in allen Rheinlandfragen stets auf deutscher Seite zu finden war, ist das in den letzten Tagen erheblich anders geworden. In führenden englischen Blättern tauchen bereits Andeutungen darüber auf, daß es Deutschland nicht gelingen werde, noch vor seinem Eintritt in den Völkerbund eine wesentliche Herabsetzung der gegenwärtigen Besatzungsstärke zu erreichen. Und Chamberlain hat erst kürzlich im Unterhaus wieder erklärt, daß die Alliierten keine Verpflichtung zur Reduzierung ihrer Besatzungstruppen auf die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen in Locarno übernommen hätten.

Für die deutsche Politik liegt hier aber der Angelpunkt des ganzen Locarnoabkommens. Die deutschen Unterhändler haben seinerzeit in öffentlichen Reden und offiziellen Kundgebungen an die alliierten Mächte der Auffassung Ausdruck gegeben, daß das Zustandekommen der Locarnoverträge und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur dann einen wirklichen Sinn für das Reich hätte, wenn damit gleichzeitig eine wesentliche Verminderung der Besatzungsstärke eintrete und das deutsche Volk die Hoffnung hegen könnte, daß überhaupt in absehbarer Zeit die Alliierten auf die militärischen Garantien zugunsten der moralischen Sicherheiten, die Deutschland zu geben bereit sei, verzichteten. Nur unter dieser Voraussetzung hat die deutsche Öffentlichkeit seit dem Abkommen von Locarno anerkannt, und wenn sie fortwähren, dann entfällt auch der wesentlichste Grund für

den Abschluß eines Paktes, der uns im übrigen sehr starke Bindungen auferlegt, überhaupt.

Nun wird darauf hingewiesen, daß Deutschland im März bereit gewesen sei, seinen Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen, auch ohne daß die erforderlichen Rückwirkungen eingetreten sind. Mit Verlaß — damals lagen die Dinge doch schließlich noch etwas anders. Der politische Horizont war nicht so bewölkt, wie er es jetzt ist. Im übrigen hätte man damals sowohl in Paris wie in London die deutsche Forderung auf Herabsetzung der Rheinlandbesatzung bis zur deutschen Friedensgarnisonsstärke stillschweigend anerkannt, und die verantwortlichen Politiker im Reich dürften hoffen, daß die Alliierten alsbald nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine wesentliche Herabminderung ihrer Truppen im besetzten Gebiet von sich aus vornehmen würden. Nach der merkwürdigen Haltung Chamberlains aber, die er in der letzten Zeit gezeigt hat, hat die Reichsregierung allen Anlaß, nunmehr äußerste Zurückhaltung zu üben. Die öffentliche Meinung im Reich würde es wohl kaum erträglich finden, wenn jetzt der Eintritt in den Völkerbund vollzogen würde, ohne daß die Reichsregierung bestimmte Garantien für eine weitgehende Herabminderung der Besatzungsstärke hat. Auf alle Fälle wird es notwendig sein, zumal nach dem niederschmetternden Ausgang der Abrüstungskonferenz, daß diese Frage aus dem bisherigen Hell-dunkel heraus in das klare Licht des Tages gestellt wird. Die deutsche Öffentlichkeit weiß, welche Lasten Deutschland in Locarno freiwillig auf sich genommen hat. Sie will nun auch wissen, zu welchen Gegenleistungen die Alliierten bereit sind, damit sie beurteilen kann, ob die Opfer, die Deutschland für seine Befreiung bringen will, sich auch lohnen.

## Die Magdeburger Affäre

spielt sich mehr und mehr zu und wächst zu einem Konflikt zwischen den Behörden und Beamten aus, wobei die politischen Parteien Del ins Feuer gießen.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Magdeburg hat Landgerichtsrat Rösche, der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Magdeburg vom preussischen Richterverein beantragt, daß er mit einer Reihe von Richtern, namentlich ehemaligen Untersuchungsrichtern, zu denen auch er gehöre, Fühlung genommen und könne mitteilen, daß das Verhalten des Untersuchungsrichters Kölling, soweit es bekannt geworden sei, einwandfrei sei und vom Richterverein durchaus gebilligt werde.

Sodann hat das deutschnationale Mitglied des preussischen Landtages, Prof. Konrad Weyer in dieser seiner Eigenschaft an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht 1 ein Schreiben gerichtet, in dem er Strafanzeige gegen den preussischen Innenminister, seine zuständigen Dezernenten und den Leiter der Landesstriminalpolizei wegen Begünstigung der Mörder des Buchhalters Helling, sowie wegen Nötigung erstattet.

Andererseits hat Rechtsanwalt Dr. Braun, der Verteidiger des in Untersuchungshaft sitzenden Rudolf Haas, eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Tätigkeit des Kommissars Busdorf und das Verhalten des Untersuchungsrichters, sowie des Kriminalkommissars Ten Hold scharf kritisiert. Daß Kölling Ten Hold trotz seiner vielen unentschuldbaren Irrtümer und Fehlerhebungen in Schutz nimmt, sei unbegreiflich.

Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, ist der Justizminister am Jahnhoff mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Naumburg, dem der Magdeburger Richter disziplinar untersteht, in Verbindung getreten. Auch haben zwischen dem preussischen Innenminister Severing und dem Justizminister am Jahnhoff Besprechungen stattgefunden. Regierungsdirektor Weiß vom Berliner Polizeipräsidium ist nach dem „Berliner Tageblatt“ wieder in Begleitung eines Kriminalkommissars nach Magdeburg gereist.

Endlich wird amtlich bestätigt, daß der frühere Chef der verhafteten Direktoren Haas in Haft genommen worden ist. Ueber die Gründe der Verhaftung bewahren die amtlichen Stellen Stillschweigen.

Offentlich wird endlich das erlösende Wort seitens des Justizministers in dieser heillos verworrenen Geschichte gesprochen.

## Poincares Währungsreform

Poincaré hat seine Reformgesetze rasch in Sicherheit gebracht. Sobald sich ein Widerspruch regte, stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Am 8.15 abends war am Samstag die Debatte über die Finanzprojekte der Regierung abgeschlossen. Ohne Debatte erhielten dann die willigen Abgeordneten ihren Lohn. Es wurde die Erhöhung der Bezüge der Abgeordneten und Senatoren auf 45 000 Francs angenommen. Darauf erfolgte die Gesamtabstimmung über die Finanzprojekte. 304 Abgeordnete sprachen sich für und 177 gegen den Gesetzentwurf aus. Die Opposition setzte sich aus 28 Kommunisten, 94 Sozialdemokraten,

12 Sozialrepublikanern, 31 Radikalen und 11 bei keiner Fraktion eingeschriebenen Abgeordneten, sowie ein Mitglied der Republ.-Dem.-Vereinigung zusammen. 48 Abgeordnete enthielten sich der Stimme und zwar 12 Sozialisten, 32 Radikale, 3 Mitglieder der Radikalen Linken und ein Sozialrepublikaner.

## Entwurf der Ausländersteuer in Frankreich

Paris, 1. Aug. Der sozialrepublikanische Abg. Falcoz brachte einen Gesetzentwurf ein, nach dem jeder Ausländer beim Betreten des französischen Gebietes in der Währung seines Landes eine Steuer zu entrichten hat, welche beim Aufenthalt bis zu 48 Stunden 20 Franken, bis zu einer Woche 100 Franken, 1 Monat 200 Franken, drei Monaten 300 Franken, 6 Monaten 500 Franken und bei einem Aufenthalt von mehr als 6 Monaten 1000 Franken beträgt. Ausländische Arbeiter und Angehörige von Staaten mit entwerteter Währung sollen von der Steuer befreit sein.

## Die Einberufung der französischen Nationalversammlung

Paris, 1. Aug. In den parlamentarischen Kreisen verläutet mit einer gewissen Bestimmtheit, daß die Regierung die Absicht habe, in kürzester Frist die Nationalversammlung, die sich aus der Vereinigung des Senats und der Kammer zusammensetzt, nach Versailles einzuberufen, um das Gesetzesprojekt über die Schaffung einer nationalen Amortisationskasse für die Schulden zur Diskussion zu stellen.

## Poincares nächste Pläne

Paris, 2. Aug. Eine amtliche Bekanntmachung, die den Blättern zugegangen ist, weist darauf hin, daß Poincaré die Absicht habe, den Franken zu stabilisieren. Gleichzeitig wird demittiert, daß Poincaré die Ratifizierung der Schuldenabkommen zurückstellen wolle. Allerdings werde man erst nach der Regelung der kurzfristigen schwebenden Schulden der eigentlichen Stabilisierung näher treten. Daß das Schuldenabkommen mit London schon in nächster Zeit vor das Parlament gebracht werden soll, geschieht offenbar mit der Absicht, englische oder holländische Kredite zu erlangen. Die Erhöhung des Zinsfußes der Bons der nationalen Verteidigung und die Erhöhung des Diskontfußes liegen vor allem in der Linie dieser geplanten Maßnahmen. Durch die Erhöhung des Zinsfußes der Verteidigungsbons soll die starke Flucht auf dieser Kapitalanlage bekämpft und durch die Erhöhung des Diskontfußes ein Druck auf die Industriellen ausgeübt werden, ihre Kreditforderungen bei der Bank von Frankreich und den übrigen Kreditinstituten einzuzahlen. Gleichzeitig sollen die Industriellen dadurch zu einer Niedrührung ihrer ausländischen Kapitalien nach Frankreich veranlaßt werden.

## Der Kulturkampf in Mexiko

Neuport, 2. Aug. Zur selben Zeit, als Samstag abend sämtliche katholische Geistliche in Mexiko die Kirchen verließen, und damit den Kirchenstreik begannen, empfing Präsident Calles die Führer der Gewerkschaften, die ihm eine Entschuldung überreichten, in der der Kampf bis zum Neuesten verlangt wurde. Calles erwiderte, er werde ganz entschieden die bisherige Politik weiter verfolgen und es werde sich zeigen, ob die Revolution oder die Reaktion triumphierte. Sämtliche Kirchen sind überfüllt und werden von Riesenschlangen umlagert. Bevor die Priester die Kirchen verließen, zeigten sie die Reliquien der Menschenmenge, die sich darauf zu Riesenmenschenslangen zusammenschloß. Heute nacht verließen die Soldaten in Mexiko-Stadt, den Platz vor einer Kirche zu räumen, wurden jedoch von der Menschenmenge mit Steinwürfen empfangen. Die Soldaten gaben Feuer und verwundeten 9 Personen. Am 1. August tritt der von der Geistlichkeit angeregte Boykott in Kraft. Darnach sollen die Gläubigen nur die notwendigen Bedarfsartikel kaufen, keine Steuern zahlen und die Kinder nicht mehr in die Schulen schicken. Auf Anordnung der Regierung wurde gegen verschiedene Bischöfe Anklage erhoben.

Paris, 2. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Mexiko hat die Polizei 7 Frauen und 2 Männer verhaftet, die in ein Komplott gegen den Präsidenten Calles verwickelt seien. Neue Unruhen haben sich nicht ereignet. Die Kathedrale und die Kirchen sind in den Händen der Bürgerkomitees, die zu diesem Zweck ernannt wurden. Die Truppen und die Polizei bleiben alarmbereit.

London, 2. Aug. Blättermeldungen aus der Stadt Mexiko zufolge kam es aus Anlaß der neuen Gesetze zu ersten Zusammenstößen. An fünf Plätzen ereigneten sich Ausschreitungen. Die Zahl der Toten wird auf 6, die der Schwerverletzten auf 38 geschätzt. Hunderte von Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch viele Frauen.

„Sunday Times“ berichten weiter aus Mexiko: In der Raffaelkirche, wo sich die Gemeinde in ihrem religiösen Eifer weigerte, auseinanderzugehen, wurden durch das Feuer der herbeigerufenen Truppen zehn Personen verwundet. Die meisten der Opfer sind Frauen. Auch bei der Kirche Santa Katharina forderte das Feuer der Truppen





